



Motion Nr. 371 2000/2004

Eingang Stadtkanzlei: 20. April 2004

Einstellung der Informationszeitung „brennpunkt“

In vergangener Zeit benutzt die Stadtverwaltung bzw. der Stadtrat die Informationszeitung „brennpunkt“ für seine Wahl- und Abstimmungspropaganda. Argumente und Meinungen der Gegner von Vorlagen werden dabei nicht berücksichtigt. Dies hat auch die „Wahlempfehlung“ für die Wahlen des Stadtrates gezeigt, wobei nur die bisherigen fünf Stadträte porträtiert wurden und die neuen Kandidaten keinen Platz fanden. Auf dieses undemokratische Verhalten des Stadtrates wurde sogar eine Klage eingereicht.

In der neusten Ausgabe des „brennpunktes“ geht es um die Abstimmungsgeschäfte vom 16. Mai 2004. Dort wird unter anderem den Stimmberechtigten der Stadt Luzern die Einführung der Tagesschule schmackhaft gemacht. Argumente der Gegner einer Einführung der Tagesschule werden nicht berücksichtigt. Dieser Anlass gibt viele Bedenken auf, da die Stadtregierung bereits im Abstimmungsbüchlein sehr viel mehr Platz für ihre Argumente als das Referendumskomitee zur Verfügung hat, welches sich mit einer Seite in der Abstimmungsbotschaft zufrieden geben muss. Ebenfalls kommen bei der zweiten Vorlage vom 16. Mai die Gegner des neuen Hallenbades im „brennpunkt“ nicht zu Wort und können somit die Argumente der Gegnerschaft nicht der breiten Bevölkerung zugänglich machen, damit sich die Luzernerinnen und Luzerner eine eigene Meinung für die Abstimmung machen können.

Es geht nicht an, dass eine Informationszeitschrift für die Bevölkerung, welche mit den allgemeinen Steuergeldern finanziert wird, nur die Meinungen und Auffassungen der Stadtregierung und der Verwaltung verbreitet und somit als Propagandazeitschrift missbraucht wird. Eine Informationszeitschrift für alle Einwohner der Stadt Luzern sollte alle Argumente umfassen und auch andere Meinungen zulassen als diese aus dem Stadthaus. Es ist in unserer Demokratie unwürdig, wenn mit einer Informationszeitung für die Bevölkerung nur einseitig über Geschäfte informiert wird. Eine Informationszeitung sollte auch den Zweck erfüllen, die Bevölkerung über Vor- und Nachteile zu informieren, damit sich diese eine eigene Meinung bilden kann.

Der Stadtrat wird beauftragt, im Voranschlag sämtliche Positionen zu streichen, die den „brennpunkt“ betreffen.

René Kuhn
namens der SVP-Fraktion